

### Elektronische Gesundheitskarte Pflegerat mahnt mehr Tempo an

**Eine elektronische Gesundheitskarte (eCard), auf der zusätzliche Funktionen wie etwa das elektronische Rezept enthalten sind, wird es vorerst nicht geben. Dies teilte Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) nach Gesprächen mit Ärzten und Kassenvertretern mit. Der Pflegerat bezeichnete die Ankündigung als „vollkommen unverständlich“.**

Die Vorarbeiten für die elektronische Gesundheitskarte (eCard) seien gut gelungen und es bestehe „die Sorge, dass eine wichtige Innovation im Gesundheitswesen verpasst wird“, sagte der Präsident des Deutschen Pflegerates (DPR), Andreas Westerfellhaus. „Die Datenschutzfragen bei der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte sind allesamt lösbar“, zeigte sich der Pflegeexperte überzeugt. Datenschützer hatten zuletzt immer wieder datenschutzrechtliche Bedenken gegen die eCard geltend gemacht und vor einem „gläsernen Patienten“ gewarnt. „Angesichts der Vielfalt der Leistungserbringer und der Komplexität der Versorgungskonzepte ist eine verbesserte Vernetzung der Versorgungskonzepte durch mehr Transparenz – wie sie die elektronische Gesundheitskarte bieten würde – unverzichtbar“, betonte dagegen DPR-Präsident Westerfellhaus. Eine bessere Vernetzung im Gesundheitswesen sei „erklärter Wille der Mehrheit der Bundesbürger. „Diverse Umfragen bestätigen dies immer wieder auf das Neue.“

Bundesgesundheitsminister Rösler hatte vor wenigen Wochen erklärt, den Aufbau der Telematik-Infrastruktur in Deutschland „schrittweise“ angehen

und zunächst mit einer „datenschutzrechtlich sichereren Krankenversicherungskarte“ beginnen zu wollen. Die Realisierung weiterer Anwendungen auf der Karte werde so lange mit einem Moratorium belegt, bis praxistaugliche, „höchsten datenschutzrechtlichen Anforderungen“ entsprechende Lösungen vorgelegt würden“, sagte der FDP-Politiker. Auf der eCard sind bislang nur Versichertendaten enthalten. Anwendungen wie das elektronische Rezept oder Notfalldaten des Patienten sind nicht darauf gespeichert.

Der Vorstandsvize der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Carl-Heinz Müller erklärte, die neuerliche Bestandsaufnahme der eCard sei eine Chance. Im Vordergrund stehe das Ziel, „innovative Lösungen zu finden, die dem aktuellen technischen Stand entsprechen und die jeweiligen Anforderungen der Beteiligten berücksichtigen“.

Die Chefin des GKV-Spitzenverbandes, Dr. Doris Pfeiffer, betonte, Deutschland brauche eine IT-Infrastruktur, mit der medizinische und administrative Daten schnell und sicher ausgetauscht werden können. ■

■ Weitere Informationen  
[www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

### Editorial



### Pflege 2010

Im neuen Jahr läuft für die schwarz-gelbe Bundesregierung die „100-Tage-Frist“ ab. Bis dahin sollte klar sein, wohin es gehen wird und wie und wann die Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag umgesetzt werden sollen. Im Gesundheits- und Pflegebereich sind die Herausforderungen groß: Eine Reform der Pflegeversicherung kann nicht aufgeschoben werden, die Krankenversicherung steht vor Finanzproblemen, während die Leistungserbringer unter Sparzwang leiden. Die Pflegeberufe schlittern immer tiefer in die Krise hinein, weil Überlastungsanzeigen bisher weitgehend überhört wurden. Gerade in der Pflege glaubt jeder mitreden zu können. Schließlich hat ja fast jeder eine Großmutter zu Hause und weiß daher „worum es geht“. Auch darunter leidet die Diskussion: Viele kapitulieren vor der Komplexität, indem sie persönliche Erfahrungen als Grundlage für Systembewertungen verwenden. Am Ende kommen nur gute Worte heraus. Wir brauchen in der Weiterentwicklung bei den Berufstätigen aber hohe Professionalität, ebenso bei den politischen Diskussionen. Für letztere steht der Pflegerat als Partner zu Verfügung. Präsidium und Rat wünschen Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein gutes und gesundes Jahr 2010!

Franz Wagner  
Vize-Präsident Deutscher Pflegerat

## Fragen an Professor Heinz Rothgang Pflege-Finanzierung – „Da kommt was auf uns zu!“

Die nächste Pflegereform kommt bestimmt. Denn die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland steigt und steigt. All diese Menschen haben Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung. Doch wer kommt dafür auf? Und wie soll das finanziert werden? Wir sprachen darüber mit dem Gesundheitsökonom Prof. Heinz Rothgang von der Universität Bremen.

**PflegePositionen:** Herr Professor Rothgang, blicken wir mal in das Jahr 2050. Deutschland dürfte dann ein Land der Pflegebedürftigen sein, oder?

**Rothgang:** Ja, da kommt was auf uns zu. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird mindestens bis zum Jahr 2050 weiter kräftig steigen. Dann werden die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre das Alter erreicht haben, in dem Pflegebedürftigkeit gehäuft auftritt. Ab 2050 wird diese Zahl dann zwar nicht weiter steigen, aber das Verhältnis von Pflegebedürftigen zur erwerbstätigen Bevölkerung wird sich auch nicht entspannen. Das heißt: Wir haben auf der einen Seite eine hohe Anzahl von Menschen, die einen Leistungsanspruch haben und auf der anderen Seite deutlich weniger junge Menschen, die in die Pflegeversicherung einzahlen. Die größte Baustelle, die vor uns liegt, ist daher die Frage der Finanzierung von Pflege. Klar ist, dass wir mehr Geld in die Pflege stecken müssen. Da führt kein Weg daran vorbei.

**Die neue Bundesregierung plant den Einstieg in die Kapitaldeckung – die richtige Weichenstellung, um der Herausforderung gerecht zu werden?**

Wie gesagt: Wir werden uns definitiv auf eine steigende Finanzierungslast einstellen müssen. Wir können dazu entweder im Umlageverfahren bleiben und abwarten. Dann wird die Hauptlast der Finanzierung der Pflegeleistungen in 30 oder 40 Jahren kommen.

*Oder wir ziehen einen Teil dieser Last in die Gegenwart vor, indem wird eine ergänzende Kapitaldeckung einführen. In diesem Fall würden wir jetzt eine höhere und in Zukunft eine geringere Finanzlast tragen. Das ist eigentlich das Einzige, was man mit Kapitaldeckung tut: Man zieht die Last von der Zukunft in die Gegenwart.*

**Bleibt die Frage nach dem Wie?**

*Zu klären ist in der Tat die Frage, wie die Kapitalsäule in die Pflegeversicherung eingezogen wird: Soll der Kapitalstock in einem öffentlichen System aufgebaut werden? Soll das in der sozialen oder in der privaten Pflegeversicherung geschehen? Soll das Kapital kollektiv oder individualisiert gebildet werden? Soll es einkommensbezogen oder ohne Bezug zum Einkommen geschehen? All diese Fragen sind mit der Ankündigung der neuen Regierung, neben dem Umlageverfahren eine Kapitalsäule in der Pflege einzuziehen zu wollen, noch überhaupt nicht beantwortet. Probleme wirft die Kapitaldeckung in jedem Fall auf.*

**Wieso?**

*Wird das Kapital in einem kollektiven Rücklagenfonds angelegt, der irgendwann auf zwei- oder dreistellige Milliardenbeträge anwächst, dann muss dieser Fonds unbedingt vor dem Zugriff des Finanzministers geschützt werden. Die Vergangenheit lehrt uns leider: In Krisenzeiten greift der Staat nur allzu gerne auf diese Rücklagen zurück. Wann immer von der öffent-*

*lichen Hand ein finanzielles Polster angehäuft wurde, kam bald jemand auf die Idee, eine akute Notlage mit diesen Geldern zu überbrücken.*

» Zum Nulltarif gibt es Pflege nicht. Das muss allen klar sein.

**Spricht also alles für die individualisierte Form der Kapitaldeckung, eine Art Pflege-Riester.**

*Auch hier stellt sich die Frage: Wie soll das funktionieren? Wenn man sagt, die Jüngeren sollen individualisiert sparen für den Fall von Pflegebedürftigkeit im Alter, dann profitiert die Pflegeversicherung noch nicht davon. Hier fehlt noch ein zweites Element, das sicherstellt, dass das zusätzliche Kapital ins System eingespeist wird und daraus Pflegeleistungen finanziert werden können. Die Rürup-Kommission hat deshalb vor einigen Jahren den Zusatzbeitrag für Rentner ins Spiel gebracht. In diesem Fall hätte man beides: Die sofort verfügbaren Einnahmen aus dem von den Rentnern zu zahlenden Zusatzbeitrag, der in die Pflegeversicherung fließt, und das Ansparen bei den Jüngeren über eine Art Pflege-Riester, das dazu dient, diesen im Alter anfallenden Zusatzbeitrag zu finanzieren. Aber auch dieses System ist nicht frei von Problemen.*



Professor Heinz Rothgang leitet die Abteilung Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung im Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen. Er war Mitglied im Expertenbeirat für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff.

Insbesondere ist natürlich die Frage berechtigt, ob man gerade den Rentnern den Zusatzbeitrag zumuten kann.

**Eine andere Variante wäre das Modell der privaten Krankenversicherung (PKV), das heißt eine private Zusatzversicherung auf der Basis von Kopfprämien.**

Richtig. Diese zusätzliche Kopfprämie müsste von allen gezahlt werden. Sie wäre einkommensunabhängig und würde mit geringen, womöglich einstelligen Prämien anfangen, die dann jedes Jahr steigen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass dies der Weg ist, den die Koalition einschlagen wird – nicht zuletzt, weil das Kopfprämienmodell mit niedrigen Prämien anfängt und, was die konkrete Belastung des Geldbeutels angeht, zunächst einmal recht unschuldig daher kommt. Aber über die Jahre gerechnet kommt da natürlich ein hoher Betrag zusammen. Dadurch könnten ähnlich hohe Zusatzbeiträge generiert werden wie beim jetzigen Umlagesystem – nur eben über Kopfprämien. Am Ende

würde das eine deutliche Umverteilung von unten nach oben bedeuten. Denkbar wäre aber auch, die Kapitaldeckung an die Kinderzahl zu koppeln. Es geht hier ja um Vorsorge für den Fall von Pflegebedürftigkeit: Vorsorgen kann man auf der einen Seite, indem man Humankapital – sprich Kinder – „bildet“, oder indem man Finanzkapital anhäuft. Bei diesem Modell werden beide Formen als gleichwertig angesehen. Jeder muss entweder das eine oder das andere tun, also Kinder erziehen oder einen zusätzlichen finanziellen Beitrag leisten.

**Liefe das nicht auf eine Bestrafung von Kinderlosen hinaus?**

Darum geht es doch gar nicht! Ob gewollt oder ungewollt: Wer keine oder weniger Kinder erzieht, trägt nicht oder nur in geringerem Maße zur Humankapitalbildung bei. Er muss dann vorsorgen, indem er Finanzkapital bildet. Diese nach Kinderzahl gestaffelten Zusatzbeiträge können angelegt werden und nach 20 bis 30 Jahren an die Pflegeversicherung weitergeleitet werden, um so die ausgefallenen Beiträge der Kindergeneration ausgleichen. Damit wird der funktionalen Äquivalenz von Human- und Finanzkapital Rechnung getragen und die Finanzierung der Pflegeversicherung von Veränderungen der Geburtenraten abgekoppelt. Jeder trägt so zur Vorsorge bei: Wer keine Kinder bekommen kann oder will, muss zusätzlich in eine kapitalfundierte Säule der Pflegeversicherung einzahlen, denn von irgendwo muss das Geld ja herkommen. Zum Nulltarif gibt es Pflege jedenfalls nicht. Das muss allen klar sein. ■

## Nachrichten

### Hebammenbund mit neuer Präsidentin

■ Die Bundesdelegiertenversammlung des Deutschen Hebammenbundes hat Martina Klenk zu ihrer neuen Präsidentin gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Helga Albrecht an, die das Amt vier Jahre innehatte, sich für eine Wiederwahl aber nicht mehr zu Verfügung stellte. Martina Klenk ist Krankenschwester und Hebamme. Seit sechs Jahren vertritt sie die Belange der angestellten Hebammen im Präsidium.

Martina Klenk betonte bei ihrer Vorstellung, dass sie auch weiterhin auf eine Zusammenarbeit mit ver.di setzen wird, um Einfluss auf die Vergütung der angestellten Hebammen zu nehmen. Auch brauchen die freiberuflichen Hebammen dringend eine nicht nur Existenzsichernde Vergütung, sondern eine, die ihrer enormen Verantwortung gerecht wird.

Aus Sicht der neu gewählten Präsidentin muss auch die Hausgeburtsilfe in Deutschland weiterhin möglich sein und darf nicht an horrenden Versicherungsprämien scheitern. Ein großes Anliegen ist Martina Klenk auch die Akademisierung des Hebammenberufes. „Durch den Wissenszugewinn werden wir eine Sicherung der originären Hebammenarbeit erreichen. Wir werden uns für eine exzellente universitäre sowie praktische Ausbildung stark machen und damit eine gute Verzahnung von Theorie und Praxis ermöglichen“, so die neugewählte Präsidentin.

### Erste Pflegezeugnisse online

■ Nach Angaben des Verbands der Ersatzkassen (vdek) liegen derzeit Transparenznoten von etwa 2000 Pflegeheimen und 260 ambulanten Diensten bei den Pflegekassen vor. Bislang könne die Benotung von mehr als 20 Heimen im Internet eingesehen werden. Täglich würden neue Zeugnisse online gehen, hieß es. Grundlage der Noten sind Qualitätsprüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK).

## Nachrichten

### Recht, Management, Praxis: Fachkongress Pflege 2010

Am 29. und 30. Januar 2010 heißt es wieder: Vorhang auf für den Heilberufe-Kongress in Berlin (Maritim proArte-Hotel). Unter dem Dach des Fachkongresses „Pflege 2010“ werden Vorträge und Workshops zu Pflegerecht, Pflegemanagement und Pflegepraxis geboten. Der Kongress gilt als Auftakt der großen Fortbildungskongresse für die professionelle Pflege in Deutschland. Ein Schwerpunkt diesmal: „Patientenrecht erfordert Pflegerecht“. In diesem Sinne setzt sich der inzwischen „15. Pflege-Recht-Tag“ für pflegerechtliche und pflegepolitische Belange ein. Zusammen mit dem „Pflegemanagement-Kongress“ und dem Programmteil „Pflegepraxis aktuell“ verspricht der Kongress wieder Fortbildung auf höchstem fachlichen Niveau. „Mit der Teilnahme am Kongress Pflege 2010 demonstrieren Sie ein aktives Berufsverständnis“, betont Peter Bechtel, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegepersonen (BALK) e.V. und Geschäftsführer der neu gegründeten „RbP – Registrierung beruflich Pflegenden GmbH“. Die Registrierungsstelle ist auf dem Kongress mit einem Stand vertreten und vergibt vor Ort acht Fortbildungspunkte pro Kongresstag.

[www.heilberufe-online.de](http://www.heilberufe-online.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Deutscher Pflegerat (DPR) – Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen, Salzufer 6, 10587 Berlin („Haus der Gesundheitsberufe“), Tel.: 030 21915757, Fax: 030 21915777, [www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

**Redaktion:** Thomas Hommel; „PflegePositionen“ ist eine regelmäßige Teil-Beilage in **Heilberufe** – Das Pflegemagazin  
Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler (verantwortlich), Ehrenbergstr. 11–14, 10245 Berlin, Tel.: 030 2045600  
Fax: 030 20456012, [www.heilberufe-online.de](http://www.heilberufe-online.de)

**Verlag:** Urban & Vogel GmbH, Neumarkter Str. 43, 81673 München, Tel.: 089 43721300, Fax: 089 43721399, [www.urban-vogel.de](http://www.urban-vogel.de)

## Sozialministerkonferenz Mehr Anerkennung für Menschen in Gesundheitsberufen

**Die Arbeits- und Sozialminister der Länder haben die herausragende Bedeutung der Sozial- und Gesundheitsberufe herausgestellt und betont, für eine verbesserte Anerkennung dieser Menschen in der Gesellschaft eintreten zu wollen.**

„Um den wachsenden Fachkräftemangel im sozialen Bereich zu stoppen, müssen wir hier endlich eine leistungsgerechte Bezahlung erreichen. Wir appellieren deshalb an die Tarifvertragsparteien, für eine leistungsgerechte Entlohnung und attraktive Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu sorgen“, erklärte Bayerns Arbeits- und Sozialministerin Christine Haderthauer zum Abschluss der jährlich stattfindenden Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Länder (ASMK) in Berchtesgaden.

Experten zufolge fehlen allein in der Altenpflege bis zum Jahr 2040 rund 550.000 zusätzliche Fachkräfte. Immer mehr Heimbetreiber klagen, dass sie nicht mehr ausreichend qualifiziertes Pflegepersonal finden. Der Pflegerat fordert seit geraumer Zeit, dem sich abzeichnenden Personalnotstand gezielt entgegenzuwirken.

„Politik für ältere Menschen ist Zukunftspolitik“, betonte Hardertauer. Die ASMK habe sich daher für eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte Neuausrichtung der Seniorenpolitik ausgesprochen. „Wir müssen den Schatz an Lebenskompetenz, den ältere Menschen mitbringen, bergen und zielgerichtet nutzen. Eine generationengerechte Infrastruktur, Barrierefreiheit und die Entwicklung alternativer Wohnformen sowie altersgerechter Informations- und Kommunikationstechnologien, verbessert die Teilhabemöglichkeiten älterer Men-

schen entscheidend. Als ASMK-Vorsitzende werde ich mich an die entsprechenden Fachkonferenzen, Wirtschaftsverbände und kommunalen Spitzenverbände wenden und auf eine rasche Umsetzung unserer Forderungen drängen.“

Die ASMK sprach sich außerdem für eine Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft und am Arbeitsleben aus. So sollen Menschen mit Behinderungen in Zukunft mit größerer Selbstverantwortung wählen können, wie sie ihre individuelle Lebensführung gestalten wollen.

Neben beschützenden Werkstätten, sollen alternative Wohnformen und die Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt gefördert werden. Dazu habe eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe bereits Eckpunkte für ein Reformgesetz erarbeitet, teilte Hardertauer mit. „Wir fordern die Bundesregierung auf, noch in dieser Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Durch die geplante Reform darf es aber keine Einschränkung, Kürzung oder einen Wegfall von Leistungen geben.“

Informationen:  
[www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)